

Neuer Ethos für Medien?

Alte Herausforderungen in neuer Umgebung

Sunanda Deshapriya

Nach der Wahl von Maithripala Sirisena zum Präsidenten im Jahr 2015 stiegen die Hoffnungen, dass der politische Wandel auch eine Änderung der Medien-Kultur mit sich bringen könnte. Die Ära nach dem autoritären Präsidenten Mahinda Rajapaksa (heute Ministerpräsident) sollte der Demokratie neue Räume öffnen. Die Medien sollten dabei eine entscheidende Rolle spielen. Die Bilanz nach rund fünf Jahren ist ernüchternd. Wenngleich die Courage einzelner Journalist(inn)en beeindruckt, sich in der Berichterstattung nicht einschüchtern zu lassen – ein persönliches Resümee.

Eine wesentliche Frage zur Verantwortung der Medien ist all die Zeit über gleich geblieben: Inwieweit tragen Medien soziale Verantwortung. Einige Denkschulen sagen Nein, Medien sollten eine uneingeschränkte Freiheit genießen. Der Autor dieser Zeilen denkt anders. Unser Recht auf Meinung und Ausdruck als Journalist(inn)en sollte natürlich alle Aspekte von Realität abbilden, aber verlässlich und nachprüfbar sein. Das Gemeinwohl bindet unsere Arbeit bei der Beschaffung, Formulierung und Veröffentlichung von Nachrichten und Meinungen.

Die Medienstruktur in Sri Lanka wird von Regionalpresse, Hauptstadtresse, privaten und staatseigenen Funk- und Fernsehanstalten sowie sozialen Medien in vielfältigster Ausprägung geformt. Die Regionalpresse in Sri Lanka hat einen starken nationalistischen Einschlag. 30 Jahre Krieg gegen die LTTE führten zu Spaltungen in den Medien entlang ethnischer Scheidelinien. Der staatliche Mediensektor ist zu Teilen Propagandainstrument der jeweils regierenden Parteien, die dort ihnen zugetane Journalist(inn)en platzieren. Unabhängige Journalist(inn)en müssen schon mal Eingriffe in ihre Arbeit hinnehmen. In den sozialen Medien gibt es Wildwuchs und Fake News wie anderswo, aber auch Informati-

onsnetze, die zeit- und ortsnah sowie nachprüfbar etwa über Attakken gegen ethnische oder religiöse Minderheiten berichten. Natürlich ist auch in Sri Lanka die sensationslüsterne Reportage verkaufsfördernder geworden. Wenn wir von neuem Ethos in den Medien sprechen, wäre – neben den sozialen Medien – im klassischen Journalismus zunächst der staatliche Mediensektor in den Blick zu nehmen. Hier sind die Möglichkeiten am größten, einen unabhängigen Informationsdienst zu fördern.

Temporäre Ethik der Medien

Die Menschen in Sri Lanka haben großes Interesse, aktuell ihre Unzufriedenheit gegenüber Maßnahmen der Regierung im Rahmen der COVID-19-Pandemie ungeschminkt zum Ausdruck bringen zu können. Das sehen Regierung und Polizei anders, wie die vielen Angriffe auf und Inhaftierungen von kritischen Journalist(inn)en zeigen (siehe Fallbeispiele in Beiträgen im Heft). Vier Jahre Regierungszeit unter Präsident Maithripala Sirisena (2015-2019) hatten immerhin offenbart, was an realitätsgerechter und kritischer Berichterstattung unter einer reformoffenen Regierung möglich ist. Gerade auch in den oft gescholtenen sozialen Medien fand ein reger Austausch an unbequemen Nachrichten statt, es

wurde lebhaft über politische Veränderungen gestritten.

Die Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen mit dem autoritären Regime unter Mahinda Rajapaksa vor 2015, Medien müssten ihre Verlässlichkeit in der Informationswiedergabe besser unter Beweis stellen, ist heute geradezu dringender als je zuvor. Die Medienlandschaft hatte sich allerdings nach 2015 zeitweise verändert. Relativ rasch wurden damals einige meiner Kolleg(inn)en sowie Engagierte aus der Protest- und Menschenrechtsbewegung, die vor 2015 verfolgt worden waren, in das staatliche Fernsehen, in den Rundfunk oder in beratende Ausschüsse zur Neugestaltung der Medienstruktur berufen. So viel ungeschönte Nachrichten und realitätsgerechte Kommentare in einem von der Regierung administrativ kontrollierten Medium hatte es zuvor selten gegeben – allerdings immer wieder zum Missfallen auch der damaligen Regierung. Die kritische Begleitung der Korruptionsskandale unter Einschluss der Regierungspartei UDP (*United National Party*) des damaligen Ministerpräsidenten Ranil Wickremesinghe gefiel wahrlich nicht allen.

Und sie ließen dies die Journalist(inn)en auch spüren. Manche in den Staatsmedien resignierten nach zwei oder drei



Jahren und suchten sich eine neue journalistische Heimat. Andere wurden hinauskomplimentiert. Es ist zu früh, um nach so kurzer Zeitspanne schon eine abschließende Bewertung vornehmen zu können. Aber ein Bodensatz, der eine Strukturänderung in Richtung unabhängiger Medienberichterstattung tragen könnte, wurde meiner Beobachtung nach nicht gebildet. Vielleicht liegt es in der Natur des Berufs, dass die Optionen überwiegend in individuellen Alternativen zur wachsenden staatlichen Gängelung gesucht wurden. Soziale Medien stehen als einer der Fluchtpunkte zur Verfügung. Sie hatten schon in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 eine Rolle als unabhängiger Informationsträger eingenommen.

Roll back als System

Demgegenüber agiert vor allem nach November 2019 und dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Gotabhaya Rajapaksa die Boulevardpresse ungenierter als je zuvor. Die erste COVID-19-infizierte Person in Sri Lanka wurde am 11. März identifiziert und zu einem Medienhype. Seitdem verbreiten Fernsehsender und soziale Medien falsche Informationen über Patient(inn)en, denunzieren verdächtig scheinende Patient(inn)en und veröffentlichen sogar Bilder von Toten. Regierungsnahe Medien dringen in die Privatsphäre etwa von Patient(inn)en ein, die unter Quarantäne gestellt werden, oft in Anwesenheit von Polizei und Militär und mit deren stillschweigendem Einverständnis. Diese Medien dürfen filmen und fotogra-

fieren, was ihnen schlagzeilentragend scheint.

Dabei hatte am 1. April die Medienabteilung der Polizei auf Anweisung des amtierenden Generalinspektors der Polizei (*Acting Inspector General of Police*, IGP) eine Mitteilung herausgegeben, die sich an alle Medien richtete und darauf hinwies, dass gegen diejenigen, die falsche oder böswillige Nachrichten oder Informationen verbreiten oder weitergeben, rechtliche Schritte eingeleitet würden. Für die aktuelle Regierung geradezu typisch gab es keine Version der Anweisung in tamilischer Sprache. Am 2. April ergänzte das Gesundheitsministerium in einer Richtlinie, dass die Medien keinen Bezug auf Ethnie oder Religion vornehmen sollten, wenn sie über COVID-19-Infizierte berichteten.

Sieben Presseorganisationen gaben am 6. April – ebenfalls nur in Singhalesisch – eine Erklärung ab, in der sie ihre tiefe Besorgnis über die Erklärung der Polizei-Medienabteilung zum Ausdruck brachten. Bemängelt wurde die Ankündigung, „strenge rechtliche Schritte gegen Personen [zu unternehmen], die falsche oder böswillige Aussagen über das Internet verbreiten“. Genau so missfiel, dass strenge Maßnahmen gegen diejenigen ergriffen würden, die Staatsbeamte bei der Ausübung ihrer Pflichten „kritisieren“, auf „geringfügige Unzulänglichkeiten und Versäumnisse“ hinwiesen oder gar „abwertend“ kommentierten. Ähnlich kritisierten dies Statements einer Initiative zur Meinungsfreiheit der Botschaften von Deutschland, Großbritannien,

Zivilregierung bei Gotabhaya Rajapaksa, 2020.

Bild: Sri Lanka Brief

Kanada, Lettland, Niederlande und USA, zivilgesellschaftliche Gruppen am 8. April und 32 Gewerkschaften am 14. April.

Nicht betroffen von der Anordnung sind anscheinend staatsnahe Medien, die im Rahmen der Pandemie unter Duldung der Regierung ethnisch-religiöse Konflikte schüren. Bevorzugt werden muslimische Gemeinschaften für die Ausbreitung des Virus verantwortlich gemacht. Hingegen ist fortan von Verhaftung bedroht, wer über die Politisierung und ethnisch-religiöse Diskriminierung kritisch berichtet. Exemplarisch auch in seiner Absurdität steht dafür der Blogger Ramzy Razeek. Er hatte am 2. April erkennbar ironisch zu einem Dschihad mit „Stift und Tatar“ aufgerufen, um den Kontext des gegen Muslime propagierten Hasses zu verdeutlichen. Mit Ironie kommen autoritäre Herrschaftssysteme immer schon nur schwer zurecht.

Die Webseite von *Sri Lanka Brief* (www.srilankabrief.org) berichtet fortlaufend über die Mediensituation in Sri Lanka und von Journalist(inn)en, die aufgrund der kritischen Berichterstattung bedroht oder verhaftet werden – so in jüngster Zeit die Journalistin Dharisha Bastians, die unter anderem über mysteriöse Vorfälle im Zusammenhang mit der Schweizer Botschaft berichtet hatte. Sich informiert halten ist im Moment eine der Formen der Unterstützung einer unabhängigen und qualitativen Berichterstattung zu Sri Lanka.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Sunanda Deshapriya ist ein Journalist aus Sri Lanka, betreibt die Webseite Sri Lanka Brief (<http://www.srilankabrief.org/>) und lebt in der Schweiz.